



## »HERR PRÄSIDENT, ICH NEHME DIE WAHL AN.«



Der neue niedersächsische Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) legt seinen Amtseid ab.

Foto: dpa

Der lang erwartete Satz kam um 12:53 Uhr: »Herr Präsident, ich nehme die Wahl an.« Am 27. November 2011 ist Stephan Weil Spitzenkandidat der niedersächsischen SPD geworden. Am 19. Februar 2013 ist er endlich Ministerpräsident. Mit der erforderlichen Mehrheit von 69 zu 68 Stimmen hat ihn der 17. Niedersächsische Landtag zum Ministerpräsidenten gewählt.

Die mit Spannung erwartete konstituierende Sitzung war um 11.00 Uhr durch den Alterspräsidenten Lothar Koch eröffnet worden. Der 1939 geborene CDU-Politiker führte launig und humorvoll, aber auch mit nachdenklichen Passagen, durch die erste Phase. Pflichtgemäß fragte er das hohe Haus etwa, »ob jemand womöglich noch älter ist als ich.«

Es folgte die Wahl des neuen Landtagspräsidenten Bernd Busemann, der von der CDU-Fraktion vorgeschlagen worden war. Er erzielte ein einstimmiges Ergebnis, ebenso wie die drei Vizepräsidenten Karl-Heinz Klare (CDU) und Dr. Gabriele Andretta und Klaus-Peter Bachmann (beide SPD).

Busemann erinnerte in seiner ersten Rede als Präsident des hohen Hauses an einen »besonders sachlichen und fairen Wahlkampf. Wenn wir etwas davon in die Parlamentsarbeit mitnehmen, kann es richtig gut werden.« Der wichtigste Tagesordnungspunkt war natürlich die Wahl des neuen Ministerpräsidenten – laut Verfassung in geheimer Abstimmung. Bemerkenswert zügig, stand das Ergebnis fest. 69 zu 68, der

neue Ministerpräsident heißt Stephan Weil. Und zügig ging es weiter. Um 12:57 Uhr hatte Stephan Weil schon die Mitglieder des neunköpfigen Kabinetts benannt, der Landtag bestätigte sie umgehend.

Nach der ersten Kabinettsitzung und der offiziellen Übergabe der Staatskanzlei und der Ministerien, setzte der Landtag seine Sitzung fort. Stephan Weil hielt seine Regierungserklärung mit dem Titel: »Erneuerung und Zusammenhalt«. Er wünschte sich unter anderem »einen fairen Umgang miteinander. Wir werden die offene und respektvolle Zusammenarbeit mit allen Fraktionen des Landtages suchen. Und ich würde ich sehr freuen, wenn dieses Angebot auf Gegenliebe stößt.« ■

# DIE LANDTAGSWAHL 2013 IN NIEDERSACHSEN – EINE ANALYSE

SPD kann besonders frühere Nichtwähler mobilisieren / Sachthemen besonders wichtig: Wirtschaft, soziale Gerechtigkeit, Bildung und Arbeitsmarkt



**Es war ein denkbar knapper Wahlausgang, ein Herzschlagfinale. Wie ist der Erfolg von Rot-Grün zustande gekommen, welche Wählerwanderungen gab es? Mit dieser Analyse versuchen wir, erste Antworten zu geben.**

Die SPD hat gegenüber der Wahl vor fünf Jahren 2,3 Prozentpunkte zugelegt. Mit 32,6 Prozent der Zweitstimmen wird sie zweitstärkste Partei hinter der CDU. Insgesamt entschieden sich 1.165.538 Wähler mit der Zweitstimme für die SPD, 128.811 mehr als beim letzten Wahlgang.

Der künftige niedersächsische Landtag besteht aufgrund von Überhang- und Ausgleichsmandaten aus insgesamt 137 Abgeordneten. Auf die CDU entfallen hiervon 54 Mandate, auf die SPD 49 Mandate. Die Grünen erhalten 20 Abgeordnete, die Liberalen 14. Die Linke ist im nächsten Landtag nicht mehr vertreten (-11). SPD und Grüne liegen somit ein Mandat vor CDU und FDP.

## Stimmung für den Wechsel

Es gab eine klare Stimmung für einen Regierungswechsel, den 57 Prozent der Wählerinnen und Wähler in Niedersachsen wollten, während nur 38 Prozent für eine Fortsetzung von schwarz-gelb waren. 48 Prozent wollten eine SPD-geführte Landesregierung, nur 44 Prozent eine CDU-geführte.

Die Wahlbeteiligung ist in Niedersachsen gegenüber der letzten Landtagswahl leicht gestiegen (+2,3 Prozent). 59,4 Prozent der 6.100.218 Wahlberechtigten gaben ihre Stimme ab.

Die SPD hat ihren Zuwachs vor allem der Mobilisierung im Nichtwählerlager (90.000 Stimmen) und dem Zustrom von der CDU (37.000) zu verdanken. Während alle Parteien mit Ausnahme der Linken ehemalige Nichtwähler mobilisieren konnten, gelang dies am stärksten der SPD. Auch 20.000 frühere FDP- sowie 15.000 Linke-Wähler machten diesmal ihr Kreuz bei den Sozialdemokraten. Hinzu kommen 29.000 nach Niedersachsen Zugezogene. 49.000 Wähler, die noch vor fünf Jahren für die SPD votierten, sind zu den Grünen abgewan-

dert. Im Generationswechsel haben die Sozialdemokraten zudem 16.000 Wähler verloren.

## Die Jüngeren wählen SPD

Die SPD legt bei Jüngeren (hier besonders bei Männern) und Wählern ab 60 Jahren überdurchschnittlich zu. Die SPD wird in den Altersgruppen 18 bis 24 Jahre, sowie 45 bis 59 Jahre stärkste Partei. Sie gewinnt bei den Beamten überdurchschnittlich, wo sie wie auch bei den Arbeitern und Angestellten stärkste Partei wird. Mit einem Anteil von jeweils 40 Prozent bei den niedrig gebildeten Wählern sind sowohl SPD als auch CDU in Niedersachsen die Parteien der einfachen Leute. Vor fünf Jahren lag die CDU hier noch klar vorne.

Die CDU verliert bei dieser Wahl in allen Altersgruppen. Am stärksten schwindet der Rückhalt bei Jungwählern bis 24 Jahren und bei den über 60jährigen, wo sie aber weiterhin den höchsten Stimmenanteil für die CDU (42 Prozent) holt. Die FDP verliert in den jüngeren Bevölkerungsgruppen, vermag aber vor allem bei den über 60jährigen überdurchschnittlich zuzulegen und erreicht dort mit 13 Prozent einen zweistelligen Stimmenanteil. Die Grünen bauen ihre Wähleranteile in allen Alters- und Bevölkerungsgruppen aus und erreichen mit Ausnahme der über 60-Jährigen in allen Altersgruppen deutlich zweistellige Ergebnisse. Sie bekommen von hoch gebildeten Urnengängern jede fünfte Stimme, bei Akademikerinnen sogar mehr als jede vierte. Die Einbußen der Linken sind in allen Altersgruppen zu beobachten und konzentrieren sich auf die Wählergruppen, wo sie 2008 besonders erfolgreich waren: Arbeiter und Arbeitslose. Bei den Erwerbslosen erreicht sie allerdings immer noch jede sechste Stimme. Die Piraten überspringen lediglich in den jüngeren Altersgruppen bis 34 Jahren die 5-Prozentmarke. Auch bei dieser Wahl Landtagswahl Niedersachsen am 20. Januar 2013 zeigt sich der Schwerpunkt der Piratenpartei bei den jungen Männern, von denen jeder Zehnte für die Piraten votierte.

## Sachfragen im Vordergrund

Bei der Wahlentscheidung standen ähnlich wie 2008 Sachfragen im Vordergrund (48 Prozent). Im Vergleich zu 2008 waren die Spitzenkandidaten geringfügig bedeutsamer an den Wahlurnen (24 Prozent) Für weitere 24 Prozent waren allein langjährige Loyalitäten zu ihren Parteien ausschlaggebend.

Der SPD-Spitzenkandidat hatte eine wesentlich größere Bedeutung für den Wahlausgang als vor fünf Jahren. Dennoch standen bei der SPD-Wahl Sachfragen (48 Prozent) wiederum deutlich im Vordergrund.

Überdurchschnittlich prägte David McAllister (36 Prozent) bei diesem Wahlgang das Stimmver-

halten seiner Wähler. Fast vier von zehn CDU-Wählern entscheiden sich in erster Linie wegen seiner Person für die Union.

Thematisch waren für die Wahl in Niedersachsen vier Aspekte besonders bedeutsam: Wirtschaft, soziale Gerechtigkeit, Bildung und Arbeitsmarkt. Vor dem Hintergrund des guten wirtschaftlichen Klimas haben Wirtschafts- und Arbeitsmarktfragen an Gewicht eingebüßt. Im Gegenzug spielten Schulfragen und auch das Umweltthema eine größere Rolle für die niedersächsischen Wähler als beim letzten Urnengang. Das Thema Innere Sicherheit spielt bei allen Parteien (außer den Piraten) eine geringere Rolle als vor 5 Jahren.

Die SPD sprach ihre Wähler vor allem mit Gerechtigkeitsfragen (42 Prozent) an. Es folgen die Themenfelder Bildung und Arbeitsmarkt. Während die inhaltliche Entscheidung zugunsten der FDP in erster Linie wirtschaftspolitisch motiviert war (56 Prozent), spielten Aspekte von Umwelt und Klimaschutz die entscheidende Rolle bei der Wahl der Grünen (56 Prozent). Darüber hinaus waren bildungs- und sozialpolitische Überlegungen bei den Grünen bedeutsam. Für die Wähler der Linken standen Gerechtigkeitsfragen (60 Prozent) sowie die Arbeitsmarktpolitik im Vordergrund.

## 68 Prozent Leihstimmen für die FDP

Die Bedeutung des Stimmensplittings hat gegenüber der letzten Wahl erkennbar zugenommen, das zeigt sich insbesondere bei dem unerwartet hohen FDP-Ergebnis. Die Liberalen haben eindeutig von einer De-facto-Zweitstimmenkampagne profitiert. Etwa drei Viertel der FDP-Wähler stimmten im Wahlkreis für Kandidaten der CDU. Vor fünf Jahren war es nur jeder Zweite gewesen. Vier von zehn Grünen-Wählern votierten im Wahlkreis für SPD-Kandidaten (33 Prozent in 2008). Bei den Zweitstimmen resultiert der Zugewinn für die FDP in erster Linie aus dem Zustrom von der CDU (104.000 Stimmen). 68 Prozent der FDP-Wähler sagen, »meine Stimme ist eine klassische Leihstimme«.

Zur Landtagswahl legte sich jeder zweite Urnenwähler relativ kurzfristig in den letzten Wochen (18 Prozent), Tagen (17 Prozent) oder erst am Wahlsonntag (15 Prozent) auf eine Partei fest. Nahezu jeder Zweite entschied sich deutlich vor dem 20. Januar: Drei von Zehn hatten sich nach eigenen Angaben bereits vor längerer Zeit definitiv festgelegt, jeder Sechste gab an, immer dieselbe Partei zu wählen.

Erfreulich ist, dass die NPD trotz der Verbotsdiskussion und ihrer Versuche, mit »Kundgebungen« in größeren Städten Niedersachsens Aufmerksamkeit zu erregen, starke Verluste hinnehmen musste. Sie hatte im Vergleich zu 2008 23.500 Stimmen weniger und fiel von 1,5 Prozent Zweitstimmenanteil im Jahr 2008 auf nun 0,8 Prozent. ■

# ALS DIE PARTY LOSGEHT

Spannung, Hoffnung, Erlösung - ein Wahlabend, wie ihn die Republik noch nie erlebt hat.



20. Januar, spätnachmittags, man hätte die berühmte Stecknadel fallen hören können. Als die ersten, noch vorläufigen Prognosezahlen im Kurt-Schumacher-Haus eintrudeln, ist die Spannung mit Händen zu greifen. Dann, man muss es so sagen, ein wirklicher Schock für die zu dieser Stunde recht kleine Truppe in der Wahlkampfzentrale. Die FDP ist unglaublich stark, getragen offensichtlich von einem so niemals erwarteten Leihstimmenanteil. Und trotzdem: Die CDU steht auch recht gut da. Na klar, alle wissen es natürlich, die Zahlen sind noch überhaupt nicht valide, man weiß eigentlich gar nichts, es kann immer noch alles gut werden. Und trotzdem. Es wird wenig gesprochen in den nächsten Minuten. Nur das Nötigste. Und das sehr leise.

Dann kommt der Spitzenkandidat. Und mit Stephan Weil kehrt der Optimismus zurück in die Odeonstraße. Eine kurze, knackige Ansprache in der Wahlkampfzentrale. Tenor: »Wir haben keinen Grund, uns zu verstecken.« Man kann es beobachten, wie die Hauptamtlichen die Rücken wieder durchdrücken und die Gesichtermunterer werden, in den Augen spiegelt sich eine trotzig-einstimmige Haltung. Erhobenen Hauptes macht sich eine kleine Karavane auf, es geht hinüber in den Landtag. Und inzwischen sieht die Welt ja auch schon wieder freundlicher aus. Es zeichnet sich ab, dass beide großen Wahlforschungsinstitute und damit auch beide großen Fernsehsender für die 18-Uhr-Prognose mit einem Patt auf den Markt gehen werden.

So kommt es auch. Im proppenvollen Fraktionsaal im Landtag starren alle um 18 Uhr gebannt auf die Bildschirme. Man

weiß nicht recht, was man halten soll von den ersten Zahlen, Diagrammen und Balken. Die Lager, Rot-Grün und Schwarz-Gelb, liegen in der Tat gleichauf, es ist ein Kopf-an-Kopf-Rennen. Jetzt, kurz nach 18 Uhr, schlägt die Stunde von Stefan Schostok. Auch der scheidende Fraktionsvorsitzende findet die richtigen Worte, auch er strahlt Zuversicht aus. Die Botschaft: Es ist überhaupt nichts verloren, es wird ein langer Abend, aber das haben wir auch vorher gewusst. Der Landtag ist eine einzige, große Medienzentrale am 20. Januar. Alle Fernseh- und Hörfunksender haben ihre Stände oder riesigen Wahlstudios aufgebaut, 600 Medienschaaffende sind akkreditiert. Der Wahlausgang ist spannend, über die Signalwirkung für Berlin ist genug geredet worden – dementsprechend groß ist auch bundesweit das Interesse.

Die frühen Medienstatements. Stefan Schostok, Olaf Lies und Boris Pistorius sind für die SPD die ersten, die vor die vielen, vielen Mikrophone treten. Alles ist noch unklar, die Hoffnung bleibt. Die ersten Hochrechnungen. Noch immer ein Patt bei den Stimmen, bei der Auftei-

es den ganzen Abend bleiben. Der Spitzenkandidat wirkt fast schon traumwandlerisch sicher an diesem Abend – trotz der so unsicheren Lage. Oder gerade wegen der unsicheren Lage? In jeder Situation, in jedem Interview findet er die richtigen Worte, er macht kleine Späße, lacht hier und da, nimmt sich Zeit fürs Händeschütteln, Schulter klopfen und Mut machen. 21:40 Uhr, zum ersten Mal sieht ein Sender Rot-Grün um ein Mandat vorne. Der Spitzenkandidat, der zuvor den Trübsinn verhinderte, muss nun auf die Euphoriebremse treten. Immer schön langsam, abwarten, kann ja sein, dass die Waage sich allmählich zu unseren Gunsten neigt. Aber noch immer wissen wir nichts.

Die Wahlparty, auf der die richtige Partystimmung so lange nicht aufkommen mag. Gespannte Erwartung im Alten Rathaus, die Nerven zum Zerreißen gespannt. Alle sind sich längst darüber klar, dass sie live bei einem Wahlabend dabei sind, wie ihn die Republik vielleicht noch nie erlebt hat. Man schüttelt die Köpfe, zählt die Minuten. Gibt es überhaupt noch ein belastbares Ergebnis? Was macht man eigentlich, wenn es auch bei der Sitzvertei-



lung der Mandate liegt Rot-Grün um ein einziges zurück. Ein Sitz mehr für Schwarz-Gelb, so scheint es nach den ersten Hochrechnungen zu sein. 18:30 Uhr - Stephan Weil stellt sich den Medien. Es folgt für ihn, im Fünf-Minuten-Takt, ein Interview nach dem nächsten, ein Wahlstudio nach dem nächsten. Es fällt auf, dass David McAllister noch nicht auf der Bildfläche erscheint – und sich auch noch sehr lange nicht blicken lässt. Drangvolle Enge um Stephan Weil. So wird

lung zu einem Patt kommt? Dann ist es 22:50 Uhr, ein Moment für die Fernsehgeschichte. Altes Rathaus, Hannover. Vor laufender Kamera der Tagesthemen erfährt Stephan Weil, dass es reicht. Es reicht! Es reicht!!! Es reicht wirklich. Die Anspannung löst sich, das Gesicht jubelt zuerst, dann dreht sich der Kandidat um, weg von der Kamera, hin zu SPD. Und der Fußballer in ihm reißt den Arm hoch, wie ein Torjäger nach dem Siegtreffer in der 90. Minute. Und die Party geht los. ■

# ROT-GRÜNER KOALITIONSVERTRAG IST UNTERZEICHNET



Unter großem Interesse der Medien haben SPD und Grüne nach der Landtagswahl Verhandlungen über die Inhalte des rot-grünen Koalitionsvertrages aufgenommen. (Stephan Weil und Stefan Wenzel)

21 Tage nach der gewonnenen Landtagswahl hatte die niedersächsische SPD die Koalitionsverhandlungen mit den Grünen abgeschlossen. Diese Koalitionsverhandlungen waren nicht nur besonders schnell, sondern auch

außergewöhnlich erfolgreich und harmonisch.

Wir haben im Wahlkampf immer gesagt, wir brauchen nicht nur einen Regierungswechsel in Niedersachsen, sondern einen nachhaltigen Politik-

wechsel. Nach intensiven Verhandlungstagen lässt sich sagen: Beides werden wir einhalten können! Nach 10 Jahren Schwarz-Gelb wird unser Niedersachsen endlich wieder seriös, glaubwürdig und vor allem sozial gerecht regiert. ■



Die Tinte auf dem rot-grünen Koalitionsvertrag ist noch feucht.



Stephan Weil und Johanne Modder präsentieren zusammen mit den beiden Vorsitzenden der Grünen, Julia Hamburg und Jan Haude, den frisch unterzeichneten Koalitionsvertrag. Fotos (2): Mattered

# AUSZÜGE AUS DEM KOALITIONSVERTRAG

*...Die Bürgerinnen und Bürger haben bei der Landtagswahl am 20. Januar 2013 der SPD und Bündnis 90/Die Grünen einen Regierungs- und Gestaltungsauftrag gegeben. Wir sind uns der Größe unserer Verantwortung bewusst. Um ihr gerecht zu werden, setzen wir auf eine nachhaltige und damit zukunftsfähige Politik, die soziale Gerechtigkeit, wirtschaftlichen Erfolg und ökologische Vernunft verbindet...*

*...Um den großen Herausforderungen gemeinschaftlich zu begegnen, wollen wir mehr Demokratie wagen. Demokratie lebt von kontinuierlicher Beteiligung und Transparenz. Viel zu lange wurde in Niedersachsen ein obrigkeitsstaatlicher Politikstil betrieben. Beteiligung wurde zu sehr auf die Stimmabgabe bei Wahlen reduziert. Wir setzen dagegen auf Gemeinwohlorientierung statt auf Klientelpolitik und wir glauben an die Gestaltungskraft der Zivilgesellschaft. Wir verstehen modernes Regieren als einen lebendigen Austausch zwischen Bevölkerung, Landesparlament und Landesregierung...*

*...Niedersachsen hat große Chancen und Potenziale für eine gute Zukunft. Die rot-grüne Landesregierung wird auf Grundlage der Vereinbarung dieses Koalitionsvertrages für die Erneuerung und den Zusammenhalt unseres Landes arbeiten. Nicht alles kann von heute auf morgen gelingen. Deshalb geht unser Blick über*

*die Zeit dieser Legislaturperiode hinaus. Nicht alles werden wir im Land allein erreichen können. Daher wird sich die rot-grüne Koalition auch für eine Neuausrichtung der Politik auf Bundesebene und in Europa einsetzen.*

*Gemeinsam mit den Menschen in diesem Land wollen wir Niedersachsen voranbringen – in Verantwortung für unser Gemeinwohl, mit Leidenschaft für eine nachhaltige und gerechte Politik und mit dem notwendigen Augenmaß im Handeln...*



Foto: Mattered

Der Koalitionsvertrag kann im Internet unter [www.spd-niedersachsen.de](http://www.spd-niedersachsen.de) heruntergeladen werden.

# KURZPORTRAITS DER MINISTERINNEN UND MINISTER



**BORIS PISTORIUS** (52) ist einer, der in der Politik schon ganz viel erlebt hat. Er war persönlicher Referent und Büroleiter bei Innenminister Gerhard Glogowski von 1991 bis 1997, er kennt die alte Bezirksregierung Weser-Ems und wurde 2006 Oberbürgermeister in der Osnabrück. Wegen seiner offenen, kommunikativen, leutseligen Art ist er in der Friedensstadt außerordentlich beliebt. Osnabrück lässt Boris Pistorius, den zweifachen Familienvater, nur ungern ziehen. Pistorius ist der neue Innenminister in Niedersachsen. ■



**OLAF LIES** (45) ist der jüngste im Kabinett. Der Familienvater aus Friesland ist gelernter Ingenieur, er kann die Ärmel hochkrepeln und zupacken. Als Kommunikationstalent kann er gut motivieren, aber auch scharf argumentieren – politische Gegner wissen ein Lied davon zu singen. Nachdem Olaf Lies 2011 nicht Spitzenkandidat geworden war, stellte er sich entschlossen und loyal hinter Stephan Weil. 2008 wurde Olaf Lies zum ersten Mal in den Landtag gewählt. Jetzt ist er der neue Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr. ■



**PETER-JÜRGEN SCHNEIDER** (65) kann in der Politik nichts mehr überraschen. Als langjähriger Landespolitiker leitete er unter Gerhard Glogowski und Sigmar Gabriel schon die Staatskanzlei. Die letzten zehn Jahre war er Personalvorstand der Salzgitter AG. Der Senior im Kabinett verfügt über einen angenehmen, leisen Humor. Peter-Jürgen Schneider kann ebenso freundlich wie variantenreich betonen, dass kein Geld da ist. Das alles macht den zweifachen Familienvater und entschlossenen Braunschweiger zur Idealbesetzung im Amt des Finanzministers. ■



**CORNELIA RUNDT** (59) ist eine anerkannte Fachfrau auf ihrem Gebiet. Als langjährige Chefin des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes kennt sie sich in der Sozialpolitik so gut aus wie kaum jemand sonst. Im vergangenen Spätherbst hatte sich Cornelia Rundt eigentlich schon so langsam auf den bevorstehenden Ruhestand eingestellt. Stephan Weil musste sie dennoch nicht zweimal bitten ins Team zu kommen. Die Diplom-Kauffrau Cornelia Rundt, dreifache Mutter, lebt im Landkreis Soltau-Fallingb. Jetzt ist sie Sozialministerin. ■



**FRAUKE HEILIGENSTADT** (46) aus dem Landkreis Northeim ist die profilierteste Schulpolitikerin unter Niedersachsens Sozialdemokraten. Sie ist als engagierte Debattenrednerin bekannt - sehr fachkundig, fleißig und stets gut vorbereitet. Damit hat sie es als Oppositionsministerin ihren Kontrahenten nie leicht gemacht. Frauke Heiligenstadt genießt eine besonders hohe Glaubwürdigkeit. Man nimmt ihr ab, was sie sagt. Frauke Heiligenstadt, Diplom-Verwaltungsirrtin, Mutter einer jetzt erwachsenen Tochter, ist die neue Kultusministerin. ■

## Impressum

### Herausgeber:

SPD Niedersachsen

**Verantwortlich:** Michael Rüter

**Redaktion:** Remmer Hein, Christoph Mattered, Sebastian Schumacher, Burkhard Zühlke

**Titelfoto Stephan Weil:**

Dominik Butzmann

**Anschrift:** Odeonstraße 15/16, 30159 Hannover

**E-Mail:** vorwaerts@spdnds.de

**Layout & Satz:** Anette Gilke mail@AnetteGilke.de

## EINBERUFUNG

BezirksvertreterInnen-Versammlung  
SPD-Bezirk Hannover

**Samstag, 25. Mai 2013**

Dormero Hotel, Hannover

**Vorläufige Tagesordnung:**

— Wahlen

## EINBERUFUNG

Bezirks-Parteitag  
SPD-Bezirk Hannover

**Samstag, 8. Juni 2013**

Hotel Wienecke XI, Hannover

**Vorläufige Tagesordnung:**

— Rechenschaftsberichte  
— Satzungsänderungen  
— Wahlen  
— Antragsberatung

**Antragsschluss: 27. April 2013**

# ERNEUERUNG UND ZUSAMMENHALT – NACHHALTIGE POLITIK FÜR NIEDERSACHSEN

Auszug aus der Regierungserklärung aus Anlass der Konstituierenden Sitzung des Niedersächsischen Landtages am 19. Februar 2013  
(Es gilt das gesprochene Wort)

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass nach einer Wahl die Regierungserklärung der neugebildeten Landesregierung durch einen Parlamentsneuling abgegeben wird, ist mehr als ungewöhnlich. Ich stehe zum ersten Mal vor dem Niedersächsischen Landtag, als neuer Ministerpräsident und als neuer Abgeordneter. Das markiert vielleicht besonders deutlich einen neuen Abschnitt in der niedersächsischen Landespolitik. (...)

(...) Niedersachsen hat in all seiner Vielfalt viele Chancen für eine erfolgreiche Zukunft. An Herausforderungen ist allerdings in der Tat kein Mangel. (...) Der demografische Wandel ist das zentrale Zukunftsthema für uns in Niedersachsen, und zwar in mehrfacher Hinsicht. Unsere Wirtschaft steht und fällt mit qualifizierten Fachkräften, der Rückgang von jungen Arbeitskräften rüttelt an dieser Basis. (...) Ich bin persönlich davon überzeugt, die Folgen des demografischen Wandels zu bewältigen. (...)

(...) Der Klimawandel gefährdet weltweit die Lebensgrundlagen künftiger Generationen, das ist unverantwortlich. Es geht aber auch um spezifisch niedersächsische Themen, wie die Folgen einer stetig intensiveren Land- und Ernährungswirtschaft. (...)

(...) Engagement für Familienfreundlichkeit und Bildung im Vordergrund. (...) Deswegen werden wir von Beginn unserer Regierungstätigkeit an die Bemühungen intensivieren, überall in Niedersachsen am 1. August den Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz bedarfsgerecht erfüllen zu können. (...) Ohne die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist dieser Wandel kaum denkbar. (...)

(...) im Bereich der Bildungspolitik besteht dringender Nachholbedarf an vielen Stellen. Bildungspolitik ist längst ein Kernthema der gesellschaftlichen Entwicklung geworden. (...) Bildungspolitik ist gleichzeitig Wirtschaftsförderung pur. In immer mehr Unternehmen herrscht längst Klarheit darüber, dass der Fachkräftebedarf zur zentralen Herausforderung für die weitere Entwicklung wird. Das Beste, was wir für Niedersachsens Wirtschaft in der Zukunft tun können, ist eine fundierte Bildung und Ausbildung aller jungen Leute, bevor sie in den Arbeitsmarkt eintreten. (...)

(...) Wir werden die Voraussetzungen dafür schaffen, dass vor Ort diejenigen Schulen angeboten werden, die Eltern und Kommunen tatsächlich wollen. Deswegen werden wir die Diskriminierung von Gesamtschulen beenden, (...) Die neue Landesregierung steht für mehr Qualität, aber auch für mehr Gerechtigkeit in der Bildungspolitik. Deswegen werden wir den Weg der Inklusion intensiv verfolgen. (...)

(...) Und deswegen sind wir entschieden dafür, die Studiengebühren abzuschaffen. Stu-

diengebühren sind das Symbol für eine Politik, die Bildung vom Geldbeutel der Eltern abhängig macht. (...) Wir wollen hart dafür arbeiten, dass Niedersachsen ein attraktives Ausbildungsland wird. (...)

(...) Und gleichzeitig ... bekennt sich diese Landesregierung zur Schuldenbremse. (...) Gleichzeitig und nicht weniger intensiv müssen wir für Rahmenbedingungen kämpfen, die Spielräume für Bildungsinvestitionen eröffnen. Ich will mich auf wenige Beispiele beschränken:

- Die Landesregierung lehnt das Betreuungsgeld ab (...)
- Die Landesregierung wird sich mit Nachdruck für eine gerechte Steuerpolitik einsetzen. (...)
- Wir werden vor allem auch für eine Finanzausstattung des Landes einsetzen, die Bildungsinvestitionen möglich macht, (...)

(...) Infrastruktur bereitstellen, vor allem übrigens mit Blick auf die Möglichkeiten der maritimen Wirtschaft und ihre notwendige Hinterlandanbindung. Das gilt für Straße, Schiene und Wasserwege gleichermaßen. Infrastruktur heißt heute aber auch ausreichende Datennetze überall im Flächenstaat Niedersachsen. (...)

(...) Wir wollen zu einer erfolgreichen Wirtschaft in Niedersachsen beitragen, aber auch zu einer gerechten Verteilung des Erfolges. (...)

(...) Niedersachsen hat das Potenzial dazu, das Energieland Nummer 1 zu werden. (...) Die Landesregierung wird sich mit aller Kraft dafür einsetzen, dass die Energiewende ein Erfolg wird, (...) Über den Abschied von der Atomwirtschaft kann es heute keinen ernstlichen Streit mehr geben, über den Umgang mit seinem historischen Erbe sehr wohl. (...) Der Streit um Gorleben hat jahrzehntelang unser Land politisch gespalten. (...) Gorleben ist als Standort für ein atomares Endlager ungeeignet. Diese Haltung werden wir mit aller Klarheit in alle Diskussionen einbringen. (...)

(...) von der Energiepolitik zur Agrarpolitik, (...) Niedersachsen hat seine Position als Agrarland Nummer 1 gefestigt. Gleichzeitig wächst der Konfliktstoff, der mit dieser Entwicklung verbunden ist. Die „Vermaischung der Landschaft“ (...) Die Landesregierung will den Charakter Niedersachsens als Agrarland sichern und der Ernährungswirtschaft gute, nachhaltige Bedingungen verschaffen. (...)

(...) Das gilt auch für den Erhalt der sozialen Netze. Die Landesregierung (...) nimmt die Bedenken ernst, wie in Zukunft eine würdige Pflege gerade im ländlichen Raum bei zurückgehenden Bevölkerungszahlen und zunehmender Alterung gewährleistet sein soll. (...) Die Landesregierung wird deswegen alle ihre Möglichkeiten dafür nutzen, dass bei der sozialen Grundversorgung Gerechtigkeit hergestellt wird (...)

(...) Wir sind in jedem gesellschaftlichen Bereich, in jedem Politikfeld auf Verbündete und Unterstützung angewiesen. Die Fähigkeit zur Partnerschaft und Kooperation soll deswegen den Arbeitsstil der Landesregierung prägen. Um Ihnen nur einige wenige Beispiele zu geben: Die Bedeutung einer erfolgreichen Integrationspolitik ist nicht zu überschätzen. (...) Sie wird unterschiedlichen Kulturen, Weltanschauungen und Religionen mit Respekt begegnen (...) Sie wird in der Flüchtlingspolitik einen Paradigmenwechsel (...) Sie wird den Verfassungsschutz gründlich reformieren (...)

(...) Die Kommunen sind für unseren Politikansatz unverzichtbare Partner. Ohne handlungsfähige Kommunen lässt sich unser Gemeinwesen auf Dauer nicht zusammenhalten. Die Landesregierung wird sich deswegen bei der Finanzausstattung als Anwältin der Städte, Gemeinden und Landkreise in der Bundespolitik verstehen. (...)

(...) Wir werden auf Augenhöhe mit Partnern aus der Gesellschaft unsere Politik vorantreiben. In der Wirtschaftspolitik ebenso wie in der Sozialpolitik. (...). Und die Landesregierung ist schließlich auch überzeugt davon, dass wir gut daran tun, unsere Demokratie zu stärken. (...) Deswegen haben wir vor, die Stichwahlen bei der Wahl von Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern beziehungsweise Landrätinnen und Landräten wieder einzuführen. Wir werden auch die Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung verbessern und insoweit auch direkte Demokratie erleichtern. Und wir wollen die politische Bildung in unserem Land stärken. (...)

(...) die Landesregierung von SPD und Bündnis 90/Die Grünen hat sich – wenn Sie unter alles einen Strich ziehen – die Zukunft Niedersachsens zur Aufgabe gemacht. Wir wollen unser Land nicht verwalten, sondern gestalten. Wir wollen es zukunftssicher machen. Wir brauchen dafür eine große gemeinsame Anstrengung vieler unterschiedlicher Akteure überall in unserem Land. Wir kennen die Größe dieser Aufgabe und überschätzen deswegen keineswegs unsere Möglichkeiten. Wir sind aber sicher: Wir müssen heute die Weichen dafür stellen, dass die Menschen in Niedersachsen in zehn, in fünfzehn, in zwanzig Jahren und darüber hinaus genauso wie wir heute sicher und mit der Aussicht auf eine gute Zukunft in allen Teilen unseres Landes leben können. (...) Das ist unsere Aufgabe, und ich scheue mich nicht zu sagen: Das ist unsere moralische Pflicht, egal in welcher Verantwortung wir stehen.

Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. ■

Den kompletten Text der Regierungserklärung finden Sie im Internet unter [www.spd-niedersachsen.de](http://www.spd-niedersachsen.de)

VORWÄRTS  
RÄTSEL

»Wer es mit den Grundsätzen der Demokratie und des Sozialismus ehrlich meint, darf nicht länger dieses Reptilienblatt des Parteivorstandes unterstützen.« Mit dieser giftigen Aufforderung wollen Berliner Radikale einen der ihren zwingen, den »Vorwärts« auf die korrekte Linie zu zwingen. Der ist Vorsitzender der Pressekommission des »Vorwärts« und ein Mann der Organisation. August Bebel ist auf der Suche nach fähigem, prinzipientreuen Nachwuchs auf den gelernten Tapezierer aufmerksam geworden, der seit 1907 Bezirkssekretär der SPD für die Provinz Brandenburg ist. Auch Rosa Luxemburg hält große Stücke auf den jungen Radikalen, der 1912 für den Wahlkreis Kalau-Luckau in den Reichstag einzieht. Dort tritt er zunächst eher zurückhaltend auf, denn das parlamentarische Tagesgeschäft betreiben Hugo Haase, Friedrich Ebert, Philipp Scheidemann und Otto Braun. Er dagegen trägt die Hauptlast der Arbeit des Parteivorstands. Als Mann des Parteiapparates wendet er sich wiederholt gegen Spaltungsversuche. Julius Leber beschreibt ihn aus dem Nazi-Gefängnis heraus als Mann, den »die Passivität seines Charakters« lähmt und der »Entschlüsse erst reifen ließ, wenn die Ereignisse sie zwangsläufig gemacht hatten«. Das allerdings ist nur bedingt zutreffend, denn der so Kritisierte ist bei aller Zögerlichkeit moralisch integer und zeigt Größe, als die Partei schon am Ende ist. Am 23. März 1933 ist er der Letzte, der im Reichstag die Wahrheit zu sagen wagt. Am 1. Mai 1933 wird er nach Prag ins Exil geschickt, um vor dort aus die Parteiarbeit zu organisieren. Wer wars? Zugewinnen gibt es Werner Blumenbergs Buch »Kämpfer für die Freiheit«. ■ *lopo*

Die Lösung bitte an den  
vorwärts, Odeonstraße 15/16,  
30159 Hannover

## VERANTWORTUNG VON UNTERNEHMEN

Von Bernd Lange, Mitglied des Europäischen Parlaments



Bernd Lange, MdEP

Foto: Anette Gilke

Wir alle kaufen und tragen Kleidungsstücke von C&A, H&M, Benetton, Tommy Hilfiger und anderen großen Konzernen und berücksichtigen zu wenig, was dahintersteckt. Wie kann es sein, dass mit Kinderarbeit Wolle in Usbekistan produziert wird und dann unter unmenschlichen Bedingungen in Pakistan und Bangladesch Kleidungsstücke produziert und danach zu hohen Verkaufspreisen in Europa abgesetzt werden?

Zu Recht wird die Frage nach der Verantwortung der europäischen Industrie im internationalen Handel gestellt.

Die soziale Verantwortung von Unternehmen (Corporate Social Responsibility = CSR) ist eine notwendige strategische Option, um Vertrauen zurück zu gewinnen. Allerdings ist die nachhaltige und verantwortungsvolle Unternehmensführung noch keine Massenbewegung. Von den 42.000 Konzernen in der EU sind etwas zwei bis drei Prozent strategisch im CSR-Geschäft unterwegs.

Die Einhaltung und Durchsetzung von grundlegenden Arbeitsnormen und Umweltstandards sind für die Schaffung gleicher Rahmenbedingungen im internationalen Handel zentral, weil sie zur Bekämpfung unfairer Wettbewerbsvorteile beitragen. Ein Baustein ist dabei die Förderung der CSR-Tätigkeit von Unternehmen.

In meinem Bericht des Handelsausschusses für das Europäische Parlament habe ich folgende drei Dinge in den Fokus gestellt:

Zum Ersten: Soziale Verantwortung ist nicht beliebig. Es gibt eine ganze Reihe von Standards, die man heranziehen kann. Die OECD-Leitlinien von 2011 sind der Maßstab, der von Arbeitgebern und Gewerkschaften getragen wird und einen Streitschlichtungsmechanismus beinhaltet. Insofern sollte das die Leitlinie für die soziale Verantwortung von Unternehmen sein, weil wir hier wirklich ein System haben, das überprüfbar ist und von allen akzeptiert wird.

Zum Zweiten geht es natürlich um Transparenz. Es kann nicht sein, dass Unternehmen nur ihre Geschäftszahlen präsentieren müssen, wo sie im Ausland Gewinne oder Verluste gemacht haben. Ich glaube, Unternehmen müssen der Öffentlichkeit gegenüber auch transparent darlegen, wie sie sozial verantwortlich in anderen Ländern dieser Erde gehandelt haben. Eine Rechenschaftspflicht in den Geschäftsberichten sollte also aufgenommen werden.

Und Drittens: Wir müssen auch in Handelsverträgen die soziale Verantwortung von Unternehmen stärker fordern und vereinbaren, damit sich europäische Unternehmen in anderen Ländern dieser Erde vernünftig verhalten. Ich will nicht, dass europäische Unternehmen zu den eingangs erwähnten Bedingungen produzieren.

Da die Produktion und Verarbeitung weltweit erfolgt, benötigen wir einen Nachweis für die Einhaltung fundamentaler Sozial- und Umweltstandards entlang der gesamten Fertigungskette, also

z. B. bei einem Smartphone von der Rohstoffgewinnung über den Handel bis zum Recycling.

Wenn wir uns in der EU dem fairen Handel verpflichten, Sozial- und Umweltstandards von unseren Handelspartnern in Handelsabkommen einfordern, dann ist es mehr als eine Frage der Glaubwürdigkeit, dass europäische Unternehmen ihre globale Verantwortung wahrnehmen. Darum wird es 2013 verstärkt gehen. Meinen Bericht zu CSR findet ihr hier:

[www.bernd-lange.de/politik/internationaler-handel](http://www.bernd-lange.de/politik/internationaler-handel) ■



Alle zwei Wochen Aktuelles im Newsletter »Europa-Info«. **HIER ANMELDEN:**  
[www.bernd-lange.de/aktuell/europa-info](http://www.bernd-lange.de/aktuell/europa-info)

## WASSER IST MENSCHENRECHT



Die SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament setzen sich dafür ein den gesamten Bereich der Wasserversorgung vom Geltungsbereich des Wettbewerbsrechts auszunehmen. Die Wasserversorgung ist am besten in öffentlicher Hand aufgehoben.

Im Rat hat Frau Merkels schwarz-gelbe Bundesregierung dem Kommissionsvorschlag zur Konzessionsrichtlinie und Wasserversorgung zugestimmt und so in Kauf genommen, dass die öffentliche Trinkwasserversorgung in Deutschland

in Frage gestellt wird. Bei der momentanen Form der Richtlinie ist zu befürchten, dass von ihr ein Liberalisierungsdruck ausgehen wird und bewährte Beteiligungsstrukturen immer weniger aufrecht erhalten werden können.

Wasser ist ein lebensnotwendiges Gut. Mehr noch: Es ist ein Menschenrecht und kein Spekulationsobjekt! Ich unterstütze daher die Europäische Bürgerinitiative [www.rightzwater.eu](http://www.rightzwater.eu). Bis Mitte Februar haben bereits mehr als eine Millionen Menschen unterzeichnet. ■